21. Dezember 2016
Nr. 39/2016

Newsletter Tirol-Büro Brüssel

Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

- Gipfeltreffen des Europäischen Rates in Brüssel 2

Neues aus den Institutionen

Europäisches Parlament

- Bahnreisen sollen besser werden: Parlament nimmt Reformpaket an 3
- Umweltausschuss will EU-Emissionshandel verschärfen 3

Rat der EU

- Wichtige Einigung für weiteren Breitbandausbau und Einführung von 5G erzielt 4

Europäische Kommission

- Vorschlag zur Koordinierung der sozialen Sicherungssysteme 4
- Migration: Konkrete Fortschritte beim Partnerschaftsrahmen 5
- Europäisches Satellitennavigationssystem „Galileo“ startet 5
- Erste gemeinsame Gespräche zu multilateralem Investitionsgerichtshof 6
- Bericht über makroregionale Strategien angenommen 6
- EU und Kuba unterzeichnen erstmals Abkommen über Zusammenarbeit 7

Sonstiges

- Jetzt virtuell sichtbar: Große Veränderungen bei Oberflächengewässern 7

Ihre Stimme in Europa

- Laufende Konsultationen 8

Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen 9
Tagesordnungen der Institutionen 10
Impressum und Abbildungsverzeichnis 10

Vertretung der Europaregion
Tirol-Südtirol-Trentino
bei der EU

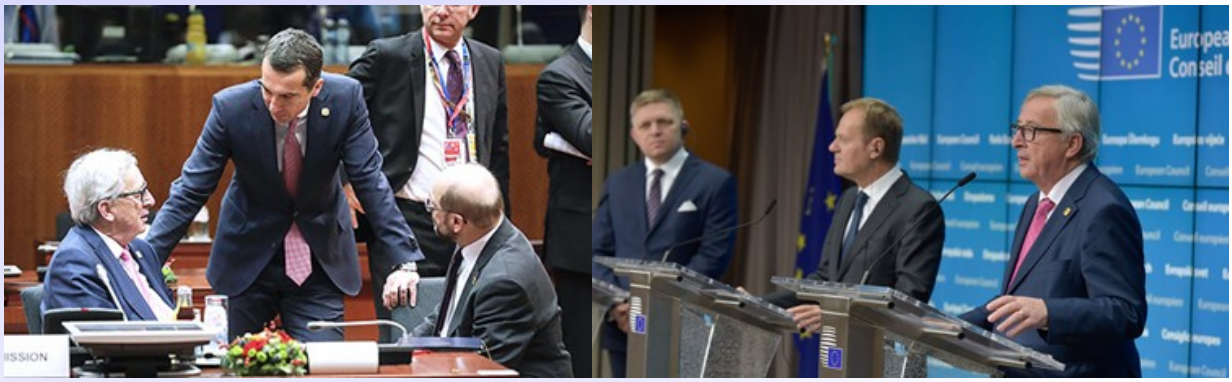
Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu

Thema der Woche

Gipfeltreffen des Europäischen Rates in Brüssel

Die EU- Staats- und Regierungschefs kamen am 15. Dezember 2016 in Brüssel zu einem eintägigen Gipfeltreffen zusammen, um über die wichtigsten aktuellen Themen wie Migration, Sicherheit, Wirtschaft, Jugend und Außenbeziehungen zu beraten.



Im Bereich Migration prüften die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten die Umsetzung der EU-Türkei-Erklärung und bewerteten die Fortschritte bei den Migrationspaketen mit ausgewählten afrikanischen Ländern. Einigkeit herrschte darüber, dass trotz der Spannungen mit der türkischen Führung am Flüchtlingsdeal mit der Türkei festgehalten werden soll. Im Frühjahr werde wieder ein EU-Türkei-Gipfel stattfinden, kündigte Donald Tusk, Präsident des Europäischen Rates, an. Zudem bekräftigten die GipfelteilnehmerInnen ihre Unterstützung für Migrationspartnerschaften mit afrikanischen Ländern.

Die Staats- und Regierungschefs einigten sich weiters auf eine engere militärische Zusammenarbeit. Beschlossen wurde der Aufbau eines Zentrums zur Planung von zivilen und militärischen Einsätzen. Erklärtes Ziel ist autonomes Handeln in der Sicherheitspolitik.

Bei den Gesprächen über den Syrienkonflikt beschränkte sich die EU auf eine scharfe Verurteilung der Angriffe.

Ebenfalls einig waren sich die Staats- und Regierungschefs, die Sanktionen gegen Moskau wegen der russischen Rolle im Ukrainekonflikt im Januar um weitere sechs Monate zu verlängern.

Gleichzeitig stellte der Gipfel die Weichen für die Ratifizierung des Assoziierungsabkommens mit der Ukraine. In diesem Frühjahr war das Abkommen durch die niederländischen WählerInnen blockiert worden, die es in einem Referendum ablehnten. Nun hat der Gipfel eine rechtsverbindliche Zusatzerklärung beschlossen, die es dem niederländischen Ministerpräsidenten Mark Rutte erlaubt, das Abkommen dem Parlament erneut vorzulegen.

Am Rande der Tagung des Europäischen Rates fand ein kurzes informelles Treffen der 27 verbleibenden EU-Länder statt. Dabei wurde das weitere Verfahren für die Austrittsverhandlungen mit Großbritannien festgelegt.

Mehr Informationen

Zum Inhaltsverzeichnis

Europäisches Parlament

Bahnreisen sollen besser werden: Parlament nimmt Reformpaket an

Am 14. Dezember 2016 verabschiedete das EU-Parlament den politischen Teil (die „Marktsäule“) des vierten Eisenbahnpakets, dessen Kern die Liberalisierung des inländischen Passagierverkehrs bildet.

Vorgesehen ist eine Öffnung des inländischen Schienenpersonenverkehrs. Zukünftig müssen, bis auf wenige Ausnahmen, Schienenverkehrsdienstleistungen ausgeschrieben werden. Des Weiteren werden alle Eisenbahngesellschaften ab Dezember 2020 das Recht haben, überall in der EU gewerbliche Dienstleistungen anzubieten. Allerdings können die Mitgliedstaaten das Zugangsrecht eines neuen Betreibers auf bestimmten Strecken einschränken, um sicherzustellen, dass die durch öffentliche Aufträge erbrachten Dienste weiterlaufen. Mit der neuen Regelung für Schienenverkehrsdienste soll der Bahnverkehr nutzerfreundlicher und kostengünstiger werden. Neue Betreiber bekommen einfacher Zugang zum Markt. Für die Fahrgäste bedeutet das mehr Auswahlmöglichkeiten und Qualität.

Mehr Informationen

Umweltausschuss will EU-Emissionshandel verschärfen

Im EU-Parlament stimmte der Umweltausschuss über Maßnahmen ab, die den Emissionshandel ankurbeln und nach langem Stillstand den CO2-Preis anheben sollen. Gleichzeitig wollen die Abgeordneten aber weiterhin Industriebetriebe entlasten.

Der Umweltausschuss des Europaparlaments einigte sich am 15. Dezember 2016 auf eine Verknappung der CO2-Zertifikatsmenge für die Jahre nach 2020. Ab 2021 sollen demnach pro Jahr automatisch 2,4 % der Zertifikate dem Markt entzogen werden. Die EU-Kommission hatte eine Rate von 2,2 % vorgeschlagen. Zudem will der Umweltausschuss 800 Mio. Zertifikate endgültig vom Markt nehmen, um den Preis für die Emissionsrechte in die Höhe zu treiben. Der Emissionshandel ist das entscheidende Instrument der EU zur Verringerung des CO2-Ausstoßes. In den Handel sind sowohl Stromerzeuger als auch Industrie einbezogen, nicht aber der Verkehr oder die Landwirtschaft. Das gesamte EU-Parlament wird über die Pläne des Umweltausschusses voraussichtlich im Februar 2017 abstimmen.

Mehr Informationen

Zum Inhaltsverzeichnis

Rat der EU

Wichtige Einigung für weiteren Breitbandausbau und Einführung von 5G erzielt

Am 14. Dezember 2016 erzielten die VerhandlungsführerInnen des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission eine politische Einigung über einen EU-weiten Ansatz für die Nutzung des 700 MHz-Hochfrequenzbandes für mobile Dienste.

Im Rahmen der Vereinbarung müssen die EU-Länder bis zum Juni 2020 das 700 MHz-Frequenzband (694-790 MHz) drahtlosen Breitbanddiensten zuteilen. Diese zielgerichtete Frequenzzuteilung wird den Ausbau von 5G erleichtern, sobald diese Technologie verfügbar ist (etwa 2020). Rundfunkdienste wie digitales Fernsehen und drahtlose Mikrofone werden weiterhin den Vorrang beim Frequenzband unter 700 MHz (470-694 MHz) behalten. Die Einigung ist ein wichtiger Meilenstein und das erste Abkommen im Rahmen der digitalen Binnenmarktstrategie. Das Abkommen soll den Internetzugang für alle EuropäerInnen, einschließlich derjenigen, die in ländlichen Gebieten leben, verbessern und dabei helfen, innovative grenzüberschreitende Anwendungen zu entwickeln. Das Ergebnis der Beratungen wird den Mitgliedstaaten Anfang 2017 zur Billigung unterbreitet.

Mehr Informationen

Europäische Kommission

Vorschlag zur Koordinierung der sozialen Sicherungssysteme

Der Missbrauch der Freizügigkeit soll erschwert, die Jobsuche im Ausland hingegen erleichtert werden: Dies sind die wichtigsten Ziele des Vorschlags zur Koordinierung der Sozialversicherungssysteme, den die EU-Kommission am 13. Dezember 2016 vorlegte.

Konkret geht es um die Änderung zweier bestehender Verordnungen über die Koordinierung der Sozialsysteme. Der Vorschlag sieht unter anderem vor, dass ArbeitnehmerInnen aus anderen EU-Staaten erst dann Arbeitslosenleistungen beziehen können, wenn sie zuvor drei Monate im Inland gearbeitet haben. Des Weiteren sollen GrenzgängerInnen künftig in jenem Land Anspruch auf Arbeitslosengeld haben, in dem sie arbeiten, und nicht in jenem, in dem sie wohnen. Voraussetzung ist eine Beschäftigung von zumindest zwölf Monaten. Der Vorschlag sieht zudem vor, dass Arbeitssuchende künftig ihre Arbeitslosenleistungen für einen Zeitraum von mindestens sechs statt bisher drei Monaten exportieren dürfen. Unverändert bleiben hingegen die bestehenden Regelungen für den Export von Familienleistungen.

Mehr Informationen

Zum Inhaltsverzeichnis

Europäische Kommission

Migration: Konkrete Fortschritte beim Partnerschaftsrahmen

Im zweiten Bericht der Kommission über den neuen Migrationspartnerschaftsrahmen mit Drittländern werden konkrete Fortschritte in der Zusammenarbeit mit den fünf prioritären Ländern Äthiopien, Mali, Niger, Nigeria und Senegal aufgeführt.

Der Fortschrittsbericht verzeichnet Rückgänge der Migrationsströme. So ist die Zahl der MigrantInnen, die von Niger aus die Wüste nach Libyen durchqueren, von 70.000 im Mai auf 1.500 im November gesunken. Außerdem wurden 102 Schleuser an die Justiz übergeben und 95 Fahrzeuge sichergestellt. 4.430 irreguläre MigrantInnen wurden mit der Unterstützung der Internationalen Organisation für Migration (IOM) in ihre Heimat rückgeführt. Parallel dazu sind in den prioritären Ländern 1.165 Erasmus+-Mobilitätmaßnahmen finanziert worden, um legale, reguläre Migrationskanäle zu stärken. Die finanzielle Hilfe zur Unterstützung wurde mit einer Aufstockung des EU-Treuhandfonds für Afrika um zusätzliche 500 Mio. Euro erweitert. Damit wird ein Volumen von fast 2,5 Mrd. Euro erreicht.

Mehr Informationen

Europäisches Satellitennavigationssystem „Galileo“ startet

Am 15. Dezember 2016 startete das europäische Satellitennavigationssystem „Galileo“ und bietet nun Behörden, Unternehmen und BürgerInnenn seine ersten Dienste an. Das europäische Navigationssystem soll einen hochpräzisen, garantierten, weltumspannenden Dienst liefern, der auch in Krisenzeiten einsatzfähig bleibt.

Mit Hilfe der Galileo-Satelliten können Rettungsdienste, AutofahrerInnen und HandynutzerInnen in Europa künftig auf bessere Navigationsdaten zurückgreifen. Mit dem neuen System soll es beispielsweise möglich werden, auf See oder in den Bergen vermisste Menschen innerhalb von nur zehn Minuten zu finden, wenn sie einen mit Galileo verbundenen Notruf absetzen. Mithilfe des Systems will Europa unabhängiger vom US-Dienst GPS und dem russischen System Glonass werden. Beide können im Fall von Krisen abgeschaltet werden. Die europäische Satellitennavigation wird dagegen zivil gesteuert. Voll einsatzfähig soll Galileo erst ab 2020 sein. Bis dahin soll das Netz mit derzeit 18 auf rund 30 Satelliten ausgebaut werden.

Mehr Informationen

Zum Inhaltsverzeichnis

Europäische Kommission

Erste gemeinsame Gespräche zu multilateralem Investitionsgerichtshof

Die Europäische Kommission und Kanada setzen sich gemeinsam für die Einrichtung eines multilateralen Investitionsgerichts ein. Am 13. und 14. Dezember 2016 fanden dazu Sondierungsgespräche mit internationalen RegierungsvertreterInnen im Rahmen einer Konferenz in Genf statt.

Angestrebt wird eine einzige ständige Einrichtung, die für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zuständig sein soll. Damit würde eine Abkehr von der derzeitigen Ad-hoc-Investor-Staat-Streitbeilegung (Investor-State Dispute Settlement – ISDS) vollzogen, die gegenwärtig in rund 3.200 geltenden Investitionsabkommen, darunter 1.400 zwischen EU- und Drittstaaten, verankert ist. Der künftige Investitionsgerichtshof könnte von allen interessierten Ländern in Anspruch genommen werden. Für auf EU-Ebene geschlossene Abkommen würde er an die Stelle der bilateralen Investitionsgerichtssysteme treten. Das mit Kanada unterzeichnete Umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) soll eine Verweisung auf die Errichtung eines multilateralen Investitionsgerichthofs enthalten. Noch vor Jahresende soll eine zwölfwöchige öffentliche Online-Konsultation eingeleitet werden.

Mehr Informationen

Bericht über makroregionale Strategien angenommen

Die Europäische Kommission nahm am 16. Dezember 2016 den ersten Bericht zu den vier makroregionalen Strategien (Ostsee, Donauraum, Alpen und Adria) in der EU an.

Der Bericht beinhaltet eine Beurteilung des Standes der derzeitigen Strategien und zieht Bilanz zu den bereits erreichten Zielen. Zusätzlich werden erste Lehren aus den bisherigen Erfahrungen gezogen und eine Vielzahl an Empfehlungen und mögliche Weiterentwicklungen der Strategien und des Aktionsplans aufgezeigt. Diese Weiterentwicklung soll vor allem unter Berücksichtigung der künftigen Kohäsionspolitik erfolgen. Der Bericht und das gemeinsam mit ihm veröffentlichte Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen sehen zudem detaillierte Informationen und spezifische Empfehlungen betreffend der nationalen Umsetzungen jeder einzelnen makroregionalen Strategie vor.

Mehr Informationen

Zum Inhaltsverzeichnis

Europäische Kommission

EU und Kuba unterzeichnen erstmals Abkommen über Zusammenarbeit

Die Europäische Union und Kuba schlossen am 12. Dezember 2016 ihr erstes politisches Abkommen ab. Die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini, Kubas Außenminister Bruno Rodriguez Parrilla und die EU-AußenministerInnen unterzeichneten den Vertrag in Brüssel, der den künftigen Rahmen für die beiderseitigen Beziehungen bilden soll.

Das Abkommen über politischen Dialog und Zusammenarbeit sieht einen verstärkten politischen Dialog, eine verbesserte bilaterale Zusammenarbeit und ein gemeinsames Vorgehen in multilateralen Gremien vor. Dadurch sollen nachhaltige Entwicklung, Demokratie und Menschenrechte unterstützt und gemeinsame Lösungen für globale Fragen gefunden werden. Grundlage für die Annäherung ist der vorsichtige Öffnungskurs Kubas in den vergangenen Jahren. Neben marktwirtschaftlichen Reformen hatte das Land Ende 2014 auch eine historische Wende in seinen Beziehungen zu den USA eingeleitet. Kuba war bisher das einzige Land in Lateinamerika, mit dem die EU kein Dialog- und Kooperationsabkommen hatte. Auch für Österreich haben die Handelsbeziehungen mit Kuba Potenzial: Die österreichischen Exporte nach Kuba betrugen 2015 rund 9,8 Mio. Euro, die Importe rund 2,9 Mio. Euro.

Mehr Informationen

Sonstiges

Jetzt virtuell sichtbar: Große Veränderungen bei Oberflächengewässern

Am 12. Dezember 2016 fiel der offizielle Startschuss für eine neue interaktive Online-Anwendung („Global Surface Water Explorer"), die anhand von drei Mio. Satellitenaufnahmen aus den letzten 32 Jahren Veränderungen der Oberflächengewässer der Erde auswertet.

Die Online-Anwendung zeigt, dass in ganz Europa die Oberflächengewässer zugenommen haben und auch in Österreich gibt es leichte Zunahmen. Allerdings sind die Vorkommen in einigen Teilen Asiens erheblich zurückgegangen. Über 70 % der Nettoverluste sind in nur fünf Ländern (Kasachstan, Usbekistan, Iran, Afghanistan und Irak) zu verzeichnen. Weltweit sind fast 90.000 km² – eine Fläche von der Größe Portugals – ganz verschwunden und über 72.000 km² sind nicht mehr ganzjährig, sondern nur für einige Monate im Jahr vorhanden. Diese Verluste sind im Hinblick auf die Sicherheit der Wasserversorgung und die grenzüberschreitende Wasserbewirtschaftung besorgniserregend. Bedingt sind sie durch Faktoren wie unregulierte Wassernutzung, Dürren und die Errichtung von Staudämmen, die die Fließgeschwindigkeit und Fließrichtung von Flüssen verändern.

Mehr Informationen

Zum Inhaltsverzeichnis

Ihre Stimme in Europa

Laufende Konsultationen

„Ihre Stimme in Europa“ ist das Portal der Europäischen Kommission für Konsultationen und Rückmeldungen. Hier haben Sie die Möglichkeit, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern.

Konsultation zur Reform der Mehrwertsteuersätze (Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem in Bezug auf die Regeln für die Anwendung der Mehrwertsteuersätze) 20.12.2016 – 20.03.2017

Öffentliche Konsultation zur Sonderregelung für Kleinunternehmen gemäß der MwSt-Richtlinie 20.12.2016 – 20.03.2017

Öffentliche Konsultation über das endgültige Mehrwertsteuersystem für den grenzüberschreitenden EU-Handel (B2B-Lieferungen von Gegenständen) 12.2016 – 20.03.2017

Überarbeitung der Richtlinie zur Förderung sauberer Fahrzeuge 19.12.2016 – 24.03.2017

Halbzeitbewertung der Verordnung (EU) Nr. 652/2014 über Ausgaben im Bereich Lebens- und Futtermittel 16.12.2016 – 17.03.2017

Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 über gemeinsame Regeln für den Zugang zum grenzüberschreitenden Personenkraftverkehrsmarkt 14.12.2016 – 22.03.2017

Öffentliche Konsultation zur Umsetzung des Freihandelsabkommens zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Korea andererseits 08.12.2016 – 03.03.2017

Öffentliche Konsultation der Interessenträger – Zwischenbewertung der im Rahmen von Horizont 2020 gegründeten gemeinsamen Unternehmen 08.12.2016 – 10.03.2017

Öffentliche Konsultation zum Funktionieren der gegenseitigen Amtshilfe zwischen den Mitgliedstaaten bei der Beitreibung von Steuern 30.11.2016 – 08.03.2017

Öffentliche Konsultation zur Halbzeitbewertung der Fazilität „Connecting Europe“ 28.11.2016 – 27.02.2017

Konsultation zum Verhaltenskodex für die Durchführung von Beihilfeverfahren 25.11.2016 – 25.02.2017

Öffentliche Konsultation zur Zwischenbewertung des Katastrophenschutzverfahrens der Union 24.11.2016 – 23.02.2017

Offene öffentliche Konsultation im Zusammenhang mit der Halbzeitbewertung des dritten Gesundheitsprogramms (2014-2020) 23.11.2016 – 23.02.2017

Fragebogen zu einer vertieften und umfassenden Freihandelszone mit Tunesien 21.11.2016 – 22.02.2017

Öffentliche Konsultation – Verbrauchsteuern auf Tabakwaren 17.11.2016 – 16.02.2017

Maßnahmen gegenüber Finanzberatern und –intermediären zur Eindämmung potenziell aggressiver Steuerplanungsstrategien 10.11.2016 – 16.02.2017

Öffentliche Konsultation zu den politischen Optionen für die Festlegung von Mindestanforderungen an die Qualität von wiederverwendetem Wasser in der Europäischen Union 28.10.2016 – 27.01.2017

Öffentliche Konsultation zur Bewertung der REACH-Verordnung im Rahmen von REFIT 28.10.2016 – 28.01.2017

Öffentliche Konsultation über Regeln für die Einfuhr von Kulturgütern 28.10.2016 – 23.01.2017

Öffentliche Konsultation zur Stärkung der EU-weiten Zusammenarbeit bei der Bewertung von Gesundheitstechnologie 21.10.2016 – 13.01.2017

Zum Inhaltsverzeichnis

Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

Industrie und KMU			
Innovation, Meeresressourcen, Energieeffizienz, Nachhaltigkeit, Ernährung, Forschung, Umwelt, Nanotechnologie, Gesundheit, Biotechnologie, Verkehr, ICT, Bildung, Infrastrukturen	HORIZON 2020 DEDICATED SME INSTRUMENT 2016-2017*	09/10/2016 - 15/02/2017 - 03/05/2017 - 06/09/2017 - 08/11/2017 - 15/06/2016 - 13/10/2016 - 18/01/2017 - 06/04/2017 - 01/06/2017 - 18/10/2017	€ 682.121.702
Innovation, Plattformen, Cluster	INNOSUP: FOR A BETTER INNOVATION SUPPORT TO SMES*	18/10/2016 - 08/03/2017 - 18/10/2017 - 04/04/2017 - 07/09/2017 - 28/03/2017	€ 33.600.000
Kreislaufwirtschaft, Wasser, Intelligente Spezialisierung, organische Abfälle	SPIRE: INDUSTRY 2020 IN THE CIRCULAR ECONOMY*	19/01/2017 - 07/03/2017 - 05/09/2017 - 27/10/2016 - 04/05/2017	€ 365.500.000
Öffentliche Verwaltung, Zusammenarbeit, Informationsaustausch	CO-CREATION FOR GROWTH AND INCLUSION*	02/02/2017	€ 9.000.000

Instrument zur Fördermittelsuche

Instrument zur Fördermittelsuche deutsche Version | Instrument zur Fördermittelsuche italienische Version

Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie hier.

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie hier.
Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie hier.

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie hier.

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie hier.

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie hier.

Stellenausschreibungen: http://www.eurobrussels.com/

Interessante Veröffentlichungen aus der EU:

https://bookshop.europa.eu/de/home/

Impressum

Vertretung des Landes Tirol bei der EU
Rue de Pascale 45-47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu
Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:
Direktor Mag. Dr. Richard Seeber
Michaela Moosbrugger

Abbildungsverzeichnis

https://twitter.com/EU_Commission
https://www.umweltbundesamt.de/themen/eu-emissionshandel-durch-reform-staerken
http://www.dw.com/de/eu-und-kuba-unterzeichnen-abkommen/a-36732600
fotolia.com